



Hamburg, Themar und kein Ende

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen



Eine Flut von Nachrichten ist während und nach dem G20-Gipfel in Hamburg auf die Menschen in Deutschland und Thüringen zugekommen. Es waren nicht die Ergebnisse der Beratungen der G 20! Wer weiß schon, ob oder was während dieser Tagung beraten oder beschlossen wurde? Es waren nicht die Bilder der vielen, bunten, friedlichen und dazu themenintensiven Protestveranstaltungen, die in Nachrichtensendungen und sozialen Netzwerken zu sehen waren.

Es waren Bilder, die mich unglaublich traurig und wütend zugleich machten. Die GdP Thüringen war mit unseren beiden Fahrzeugen zur Einsatzbetreuung in Hamburg. Es war uns klar, dass es für uns unmöglich sein wird, alle Kollegen der Thüringer Polizei zu erreichen. Unser Ziel war es, soviel Kollegen wie möglich zu zeigen, dass die GdP auch in schwierigen Einsätzen ihre Mitglieder nicht alleine lässt. Dabei war es uns völlig egal, welche Länderwappen an der Uniform an-

gebracht waren. Wir sind eine GdP und wenigstens in solchen Einsätzen natürlich auch eine Polizei.

Die GdP Hamburg und die unterstützenden Landesbezirke der GdP haben wahrlich alles gegeben, um – wie es ein Reporter trefflich formulierte – unseren Kollegen ein Lächeln in die Gesichter zu zaubern. Das ist unsere Art DANKE zu sagen. Dass über diesen Polizeieinsatz in Gänze zu reden sein wird, steht für mich außer Frage. Das polizeiliche Handeln als Begründung für das anzuführen, was rund um das Schanzenviertel passiert ist, ist schlicht eine Frechheit. Die Gewalttäter, die in Hamburg nichts anderes wollten als Polizisten zu verletzen oder gar zu töten und einen Stadtteil in den Ausnahmezustand gebracht haben, können keinerlei Recht für sich geltend machen.

Die GdP Thüringen und ich wollen heute und hier, aber auch denen DANKE sagen, die bei solchen Einsätzen oft vergessen werden und zwar bei allen Kollegen/-innen die an diesem Juli-Wochenende, wie an allen anderen Tagen eines Jahres auch, für die Sicherheit in Thüringen gesorgt haben. Dienst zu tun, mit dem Wissen, dass eine Unterstützung durch die Bereitschaftspolizei im Falle eines Falles eben nicht erreichbar ist, lässt euch sicher nicht gleich vor Angst schlottern. Sondershausen zeigt aber auch, dass es Einsätze gibt, die mit dem zurzeit vorhandenen Personal der Landespolizei nicht zu bewältigen sind und wir reden hier eben nicht von einem Einsatz, wie er am Wochenende nach Hamburg im südthüringischen Themar anstand, sondern von einem Einsatz, der jederzeit fast überall in Thüringen anstehen kann.

An dieser Stelle möchte ich nochmal ein anderes Thema aufgreifen. Es geht um die Beförderungspraxis in Thüringen. Da inzwischen die Briefe an die „Verlierer“ ergangen sind, ist dieses Thema so aktuell wie nie. Warum beschäftige ich mich immer und immer wieder mit diesem Thema? Die Antwort ist so einfach und simpel – das

Beförderungssystem schreit vor Ungerechtigkeit und grenzt an Rechtswidrigkeit! Wir haben aus Gründen, die ich heute nicht diskutieren möchte, „spitzbewertete“ Dienstposten. Das heißt zum Beispiel, jede Stelle im mittleren Polizeivollzugsdienst ist mit A 9 bewertet. Warum jemand, dem dieser Dienstposten zugewiesen wurde, nicht innerhalb einer zu definierenden Zeit dorthin befördert wird, ist nicht nachzuvollziehen. Zumal es in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung ganz andere Lösungen gibt. Überdies erscheint die Logik, dass Minister/-innen, Staatssekretär/-innen, Abteilungsleiter/-innen Polizei, Präsident/-innen einer Landespolizeidirektion nach einem bestandenen Auswahlverfahren und der erfolgten Stellenzuweisung sich sogar ohne Bewährungszeit sofort in der für diese Stelle vorgesehenen Besoldungsgruppe wiederfinden, wie eine Ohrfeige für jemanden, der nach 40 Dienstjahren aus dem Eingangsamts oder dem ersten Beförderungsamts in Pension geschickt wird. Jeder Beamte und jede Beamtin hat aber einen Anspruch auf berufliche Förderung, das gehört zur Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Ein Beförderungssystem kann nicht richtig sein, wenn Heerscharen von Juristen permanent damit beschäftigt sind, Auslegungen dafür zu finden, was der Gesetzgeber wohl wollte und die Landesregierung wohl gemeint haben könnte. Zusammen mit der Selbstbeschränkung der Landesregierung auf maximal fünf Prozent Beförderungen pro Jahr, ist der Frust bei den übrigen 95 Prozent schon vorprogrammiert. Das müsste doch selbst die Landesregierung irgendwann begreifen.

Unsere Befragung der Beschäftigten der Thüringer Polizei ist jetzt in vollem Gange. Wer noch keine Zeit gefunden hat daran teilzunehmen, sollte das unbedingt jetzt tun. Bis zum 12. 9. 2017 habt ihr noch Gelegenheit dazu. Helft uns, euch zu helfen!

**Bis zum nächsten Monat,
Euer Landesvorsitzender**



GdP fordert: Kein Nachlassen bei der VKÜ

Von Andreas Hempel, Vorsitzender des Fachausschusses Verkehrspolizei

In seiner Frühjahrssitzung widmete sich der Fachausschuss Verkehr insbesondere der Analyse der Verkehrsunfallstatistik 2016. Kritisch bewertet wurden dabei insbesondere die ansteigenden Tendenzen sowohl in der Gesamtanzahl der Verkehrsunfälle (gerade, wenn man den Durchschnitt der letzten fünf Jahre vor Augen hat) als auch bei Verkehrsunfällen unter Drogen, bei Schulwegunfällen und bei Unfällen unter Beteiligung von Verkehrsteilnehmern über 65 Jahren sowie von Radfahrern.

Besonders aufgefallen ist dabei zum Beispiel die Tatsache, dass bei den Senioren die Anzahl der Verkehrsunfälle seit 2014 jährlich um ca. 600 angestiegen ist und diese hauptsächlich durch Vorrang-/Vorfahrtsfehler und falsches Verhalten beim Abbiegen/Wenden verursacht worden sind. Interessant ist auch der Umstand, dass bei von Radfahrern verursachten Unfällen die Alkoholeinwirkung eine immer größere Rolle spielt.

Diesbezügliche Feststellungen machen auch immer wieder unsere Kollegen bei entsprechenden Kontrollmaßnahmen (soweit sie denn dazu kommen) insbesondere in innerstädtischen Bereichen – von den teilweise immer rücksichtsloseren Fahrweisen

der Radler ganz zu schweigen. All diese Detailentwicklungen und natürlich auch die Tatsache, dass unangepasste Geschwindigkeit bei nur geringfügigem Rückgang immer noch die Hauptunfallursache Nummer eins ist, gehen naturgemäß bei einer Presseveröffentlichung neben den vorrangig positiven Entwicklungen in anderen Teilgebieten oftmals unter.

Aber dafür gibt es ja unter anderem die Interessenvertretungen, die immer wieder „den Finger in die Wunde legen“. Denn eins ist doch klar. Natürlich könn(t)en negative Tendenzen in der VU-Statistik auch weiterhin wirksam beeinflusst werden, wenn – ja wenn, die personellen Ressourcen (wie man heute so schön sagt) mehr Präsenz auf der Straße und damit einen höheren Kontrolldruck zulassen würden.

Aber wie ist denn die Situation? Die Mitglieder im Fachausschuss erkennen immer wieder, dass man die verkehrspolizeiliche Präsenz in Schwerpunktbereichen schon gern erhöhen würde, man es aber einfach nicht durchweg leisten kann. Zugleich

bleibt die Prävention in gefährdeten Zielgruppen (Schulen, Senioren ...) nach Auffassung des Fachausschusses weitestgehend auf der Strecke. Und es kommt hinzu, dass es viele Abgänge von erfahrenen und bis zuletzt engagierten „VK-lern“ gibt und weitergegeben wird, die nicht ohne Weiteres kompensiert werden können. Es entsteht auch zunehmend der Eindruck, dass zwangsläufige Abstriche in der mobilen Technischen Verkehrsüberwachung in den Behörden im Landesblick offensichtlich nicht auffallen, solange diese in der Gesamtzahl durch die stationären Anlagen kompensiert werden.

Alles in allem scheint die Verkehrssicherheit in der strategischen Ausrichtung der Thüringer Polizei immer noch nicht die Rolle zu spielen, die ihr bei genauem Blick auf die Situation nun mal gebührt.

Das Thema „Rettungsgasse“ ging natürlich auch am Fachausschuss Verkehr nicht vorbei. Derzeit laufen ja hierzu teilweise umfangreiche Debatten und vielfältige Initiativen der einzelnen Betroffenen und auch der Medien. Der Fachausschuss ist der Überzeugung, dass nur über die „gesamtgesellschaftliche Stellschraube“ an der Öffentlichkeitsarbeit eine Veränderung im Verhalten der Verkehrsteilnehmer herbeigeführt werden kann. Es reicht eben nicht aus, wenn an der einen oder anderen Brücke über die Autobahn bzw. Schnell- oder



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Auenstraße 38 a
99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon: (01520) 8862464
E-Mail: edgar.grosse@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-2828



Die Mitglieder des Fachausschusses Foto: GS



FACHAUSSCHÜSSE

Bundesstraßen oder auch an Ortsausgängen mal ein Schild auf das gebotene Freihalten der Rettungsgasse hinweist. Wir leben nun einmal in einer modernen Kommunikationsgesellschaft, die von Fernsehen (empfangbar mittlerweile auch auf Handy und Tablet), Internet und Social Media beherrscht wird. Was hält uns eigentlich

davon ab, mit kreativen Spots über diese Medien permanent auf die Verkehrsteilnehmer einzuwirken?

Erinnert sei hier nur an den guten alten „7. Sinn“ oder an das regelmäßig im damaligen DDR-Fernsehen laufende „Verkehrsmagazin“. Es gäbe bestimmt genug Produktionsfirmen in der Medienbranche, die der-

artige Formate äußerst anspruchsvoll und aufrüttelnd an die Frau und den Mann bringen könnten. Man muss es nur wollen – und es kostet natürlich Geld! In Zeiten übersprudelnder Steuerquellen und dem Anteil der Kraftfahrer am Steueraufkommen sollte aber auch das kein Problem sein.

PARTEIEN

B 90/Die Grünen feiern Sommerfest

Erfurt (wg). Am 23. Juni 2017 lud Bündnis 90/Die Grünen die Gewerkschaften zu ihrem jährlichen Sommerfest im Erfurter Hirschgarten ein.

Zu sehen gab es viele kleine Events, sie reichten von Informationsangeboten bis zur Bastel- und Malecke für Kinder. Hinzu kamen Möglichkeiten zu Verkostung von Produkten und Erzeugnissen aus biologischem Anbau. Als Rednerin trat Katrin Göring-Eckardt auf. In ihrer Darlegung ging sie vor allem auf die Bundestagswahl und die Themen der

Partei ein. Innere Sicherheit wurde dabei leider nicht direkt angerissen. Hauptthema ist und bleibt der Klimaschutz hier.

Weiterhin befassten sich die Partei und die Fraktion im Thüringer Landtag mit Rechtsrockkonzerten. Um zu klären, wie mit solchen Versammlungen und aus rechtlicher Perspektive umgegangen werden kann, hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Thüringer Landtag von Prof. Dr. Günter Frankenberg von der Goethe-Universität Frankfurt am Main ein Gutachten unter dem Titel „Vereinbarkeit von Rechtsrockkonzerten mit dem Grundgesetz und dem Versamm-

lungsrecht“ erstellen lassen (DP berichtete). Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass solche Veranstaltungen ihrem Wesen nach Konzerte und keine politischen Versammlungen sind und es Aufgabe des Staates ist, dementsprechend damit umzugehen.

Am Rande der Veranstaltung gab es die Möglichkeit zum Gedankenaustausch mit den Vertretern der Partei. Dabei wurden die Positionen der GdP zu gemeinsam interessierenden Themen vorgestellt und diskutiert. Schwerpunkte aus Sicht der GdP waren dabei die zukünftige Personalentwicklung der Thüringer Polizei und deren Ausrüstung und Ausstattung.



Katrin Göring-Eckardt (Mitte) spricht

Foto: Gäbler



Was wird denn nun angepasst?

Anfang des Jahres hatte ein Abgeordneter des Thüringer Landtages die Landesregierung nach der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung der gegenwärtigen Regierungsparteien gefragt. Im Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen heiße es: „Der Stellenplan des Landeshaushaltes ist im Ergebnis der Überprüfung (der Polizeistruktur, Anm. d. Red.) an die Organisations- und Dienstpostenpläne (ODP) anzupassen.“ Er fragte die Landesregierung konkret, bis wann die oben genannte Aussage aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden soll und wenn nicht, warum nicht?

Innenstaatssekretär Udo Götze antwortete für die Landesregierung. Der Koalitionsvertrag sähe unter Ziffer 12.2 „Sicherheit und Polizei“ eine Evaluierung der Polizeistrukturreform unter Einbeziehung der Struktur und Arbeitsweise des Landeskriminalamts vor. Diese unabhängige Evaluierung läge inzwischen vor und empfiehlt eine **Anpassung der Organisations- und Dienstpostenpläne an den Stellenplan des Landeshaushaltes**. Erst nach Abschluss der Überprüfung sei abzuschätzen, in welchem Umfang und in welcher Art und Weise Anpassungen vorzunehmen sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei die Überprüfung noch nicht abgeschlossen und es könne kein konkreter Zeitpunkt benannt werden, bis wann eine Umsetzung dieser Zielstellung erfolgen werde.

Der Abgeordnete wollte weiterhin wissen, was die Landesregierung bisher zur Umsetzung dieser Passage des Koalitionsvertrages getan habe. Götze dazu: Die Landesregierung unternehme bis dato die nachfolgend aufgeführten Schritte zur Umsetzung der oben genannten Vereinbarung. Das Kabinett billigte am 11. August 2015 die Vorlage des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales und erteilte den Auftrag, eine externe Expertenkommission zur Evaluierung der Polizeistrukturreform unter Einbeziehung der Struktur und Arbeitsweise des Landeskriminalamts einzusetzen. Die externe Expertenkommission

unter Leitung von Prof. Dr. Manfred Baldus nahm am 21. September 2015 ihre Arbeit auf. Am 24. Oktober 2016 legte die Expertenkommission ihren Abschlussbericht vor. Die Empfehlungen wurden am 25. Oktober 2016 dem Kabinett sowie der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit Kabinettschluss vom 13. Dezember 2016 ist das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales aufgefordert, über mögliche erste Schlussfolgerungen aus den Empfehlungen zu berichten. Beabsichtigt ist, das Kabinett im 2. Quartal 2017 hierüber zu informieren.

Fazit: Der Koalitionsvertrag sieht eine Anpassung des Stellenplanes des Landeshaushaltes an die Organisations- und Dienstpostenpläne der Thüringer Polizei vor. Die Expertenkommission von Prof. Baldus hat umgekehrt eine Anpassung der Organisations- und Dienstpostenpläne an den Stellenplan des Landeshaushaltes vorgeschlagen. Wann mit einer Umsetzung des Koalitionsvertrages (oder der Empfehlung der Expertenkommission?) zu rechnen ist, stehe noch nicht fest.

Aus Sicht der GdP wäre eine Klärung dieser Frage wünschenswert, weil ja zumindest theoretisch der Stellenplan die Finanzierung der Löhne und Gehälter der Beschäftigten der Thüringer Polizei sichert. Theoretisch deshalb, weil praktisch der Stellenplan des Landeshaushaltes und die ODP der Thüringer Polizei in den 27 Jahren der Existenz des Freistaates Thüringen noch nie übereingestimmt haben und weil die im Haushalt ausgebrachten Stellen nicht mit einem festen Budget unterlegt sind, welches sich aus der Addition aller ausgebrachten Stellen ergeben würde.

Weiterhin kann ja die Struktur der Thüringer Polizei nicht losgelöst von

den übrigen Strukturen der Landes- und Kommunalverwaltung betrachtet werden. Bisher war es so, dass in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt eine Polizeiinspektion arbeitet. Die von der Landesregierung derzeit noch geplante Kreisgebietsreform hätte also auch nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Thüringer Polizei.

Die Landesregierung hat bisher auch noch keine Antwort auf die Frage gegeben, wohin sie die Thüringer Polizei personell aufgrund der Entwicklung der Sicherheitslage in jüngerer Zeit entwickeln will. Ein zeitlich befristetes Aussetzen des Stellenabbaus und geringfügige Korrekturen bei den Einstellungszahlen sind für die GdP jedenfalls kein schlüssiges Konzept. Gerade die Frage nach der Entwicklung des Personalhaushaltes ist aber die entscheidende Frage für die zukünftige Arbeitsfähigkeit der Thüringer Polizei. Es hat eher etwas von einem akademischen Streit, wenn die Frage diskutiert wird, ob die etwas mehr als 6400 Stellen in den Organisations- und Dienstpostenplänen an die etwas mehr als 6300 Stellen im Landeshaushalt angepasst werden sollen oder umgekehrt. Entscheidend ist die Tatsache, dass die Thüringer Polizei am 1. Oktober 2017 nach Schätzung der GdP nicht mehr über 5900 Polizeibeamtinnen und -beamte verfügen wird. Jeweils am 1. Oktober eines Jahres wird der höchste Personalstand erreicht, weil die Anwärter ihre Ausbildung beendet haben und in den aktiven Dienst gehen. Selbst die geringeren Zahlen im Haushalt wären schon ein Fortschritt, wenn die Landesregierung und der Landtag Sorge dafür tragen würden, dass diese Stellen auch alle besetzt sind.

Landeshaushaltsplan 2016 / 2017

Einzelplan 03 - Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales

Haushaltsplan vs. ODP

PD-ODP-Stand 2016 ODP vom 03.12.2016 Stand: 01.12.2016

Organisationsbereich Funktion	Bev.	Polizeidienstposten		Verwaltungsposten		TVL
		stb	stf	stb	stf	
Leiter der Polizeidirektion	A 16	7				
Vizeleiter	TVL					7
Öffentlichkeitsarbeit/Prävention						
Leiter	A 11/12		1(1)			
Personenreferat	A 9/11		7			
Polizeiliche Beratungseinheit	A 9/11		7			
Beratung für Jugendsachen, zgl. Prävention	A 7/9			7		
Führungsposten						
Leiter Führungspost., zgl. Vertreter des PD-Leiters	A 15	7				
Stabsbereich 1						
Führung und Einsatz						
Leiter	A 13/14	7				
Vertreter, zgl. Leiter des Sachbereichs Büroabh./Schriftf.	TVL		1(1)			21



PARTEIEN

SPD führt Gespräche mit Gewerkschaften

Am 15. Juni 2017 hatte Dorothea Marx als Innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag die Gewerkschaften zum Meinungsaustausch vor der Sommerpause eingeladen. Am 27. Juni 2017 war der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften beim Landesverband der SPD eingeladen. Neben dem Parteivorsitzenden Andreas Bausewein waren Finanzministerin Heike Taubert, Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee und die Zentralabteilungsleiterin aus dem Innenministerium, Martina Roth, anwesend.

Bei den Gesprächen ging es vor allem darum, den Informationsaustausch zwischen Partei und Gewerkschaften voranzubringen und Problemstellungen an der richtigen Stelle vorzutragen. So waren die bevorstehenden Änderungen in der Thüringer Arbeitszeitverordnung, dem Thüringer Vergabegesetz sowie Thüringer Personalvertretungsgesetz genauso Thema wie die Sonntagsarbeit. Problemfelder und Anliegen konnten dabei offen und konstruktiv erörtert werden. Eine wichtige Zielstellung zur Bundestagswahl wurde

ebenfalls angesprochen. Nach Auffassung der Gewerkschaften wird es darauf ankommen, dass die SPD klar Farbe zu arbeitsmarktpolitischen und sozialen Themen bekennt, um sich damit im Bundestagswahlkampf klar von anderen Parteien und Zielrichtungen abgrenzen zu können. In einer offenen Runde vereinbarten beide Seiten weitere Treffen, um die positive Arbeit gemeinsam voranzutreiben.

Thema der Gespräche war auch die Thüringer Polizei. Wir Gewerkschaften erfordern, dass ein neuer Entwurf zum Evaluierungsbericht der Expertenkommission vorliegt, welcher im Kabinett beraten werden soll. Einzelne Ressorts wurden um Stellungnahme gebeten. Leider vergaß das zuständige Ministerium für Inneres und Kommunales die Vereinbarung mit den Spitzenverbänden einzuhalten. Hier sollte noch mehr Transparenz und Offenheit Einzug halten.

Zum Umgang mit dem Evaluierungsbericht zur Polizeistrukturreform gibt es bisher noch keine abschließende Kabinettsvorlage. Einzelne Ressorts haben nach Kenntnis der GdP ausführlich dazu Stellung genommen. Diese Stellungnahmen werden nun ausgewertet und die Entscheidung zur Einarbeitung getrof-

fen. Vordergründig wird es vor allem auch darum gehen, inwieweit die Kreisgebietsreform mit der Evaluierung in zeitlicher Verbindung verbleiben wird.

Innenstaatssekretär Udo Götze hat bereits für den Bereich der Thüringer Polizei im Vorgriff auf eine bevorstehende Änderung der Zuständigkeiten von Behörden und Einrichtungen im Geschäftsbereich einen Entscheidungsvorbehalt für den höheren Dienst auf das Ministerium gelegt. Hierbei sind alle Änderungen der vollumfänglichen personalrechtlichen Zuständigkeiten für Beamte des höheren Dienstes und vergleichbare Tarifbeschäftigte unter dem Zustimmungsvorbehalt des Ministeriums gestellt. Fortfolgend sind Organisationsgrundscheidungen ebenfalls für diesen Bereich abzustimmen und die Verordnung wird zum Ende 2017 endgültig gleichlautend geändert. Eine Information an die Gewerkschaften zu diesen Änderungen erfolgte bisher nicht. Vertrauen in die Thüringer Polizei und damit in die Präsidenten des Thüringer Landeskriminalamtes und der Landespolizeidirektion und den Leiter der Bildungseinrichtungen sieht nach Auffassung der GdP anders aus.



SPD-Vorstand spricht mit Gewerkschaften

Foto: Gäbler



Wilden Westen aufs Korn genommen

Jena (sg). Die Senioren der Kreisgruppe hatten sich im Juli einen Besuch im Kabarett vorgenommen. Passend zur Jahreszeit bietet die Kurz & Klein-Kunsthöhle Jena im Sommer Freiluftveranstaltungen im Wasserschloss Kapellendorf an.

Rund 20 Kunstinteressierte fanden sich trotz anfänglichen Regens am 27. Juli 2017 in Kapellendorf ein und erlebten nach einhelliger Auffassung einen schönen Abend. Auf dem Programm stand „Fanny Boys“ – Zwei Friedenspfeifen kehren zurück. Gemeint sind Winnetou und Old Shatterhand. Beide sind mittlerweile in die Jahre gekommen und der alternde Indianer holte seinen weißen Bruder aus dem Altersheim ab, damit beide nochmal die Welt retten können. Es spielen Arnd Vogel, Uwe Karpka, Stefan Töpelmann, Gabriele Reinecker, Pauline Reinecker-Pabst und Ilka Flegel. Gabriele Reinecker hat sich die Geschichte frei nach Karl May ausgedacht und Stefan Töpelmann hat sie musikalisch noch untermalt.

Anlass ist der Bau einer Ölpipeline. Die macht die einen reich und die anderen wütend. So werden also Habgier und menschliche Schwächen freundlich aufs Korn genommen und augenzwinkernd moralische Werte diskutiert. Manches ist sicherlich auch gar nicht so ernst gemeint und so ist das Ganze am Ende auch ein großer Spaß mit viel Situationskomik. Wer großes Theater erwartet, der ist im Burghof eher fehl am Platze. Das ist aber auch nicht der Anspruch der Kabarettisten. Sie freuen sich vielmehr gelegentlich auch an ihrem eigenen Spiel und mancher lockere Spruch wird auch von einem Schmunzeln begleitet.

Die Wasserburg selbst gibt eine sehr schöne Kulisse für die Aufführung ab. Bis zu 200 Zuschauer haben dort Platz. Die Kirchberger Burg, die im Laufe des 12. Jahrhunderts entstand, wurde im späten Mittelalter mit dem Erwerb durch die Stadt Erfurt auf über zwei Hektar erweitert. Der Besucher kann diese erste Anlage noch gut erkennen. Das kleine in sich geschlossene



Gespannte Erwartung, auch wenn es regnet

Areal erhebt sich im heutigen Innenhof als „Burg in der Burg“. Über viele Jahre war die Stadt Eigentümerin der Burg, bis sie 1509 den Besitz an die Wettiner verkaufte. Die Burg wurde zum Amtssitz. Ein gänzlicher Umbau zum Schloss erfolgte nicht, wodurch ihr der wehrhafte Charakter mit nahezu allen Elementen einer Burg, wie Türmen, Mauern, Burgtürme usw., geblieben ist. Sie ist seit 1998 Eigentum der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten. Die Stadt Erfurt verwaltet sie

als Nebeneinrichtung des Stadtmuseums „Haus zu Stockfisch“.

Man sollte aber auch daran denken, dass Sommernächte nicht immer lau oder trocken sind. Der Witterung angepasste Kleidung ist sehr zu empfehlen und erhöht die Freude an der Kultur deutlich. Nass und frierend „ertragen“ macht Kunst nur wenig Spaß. Und an das leibliche Wohl haben die Akteure auch gedacht. Man war sich bei der Verabschiedung einig, mal sehen, was die Bühne nächstes Jahr für ein Programm bietet.



Tolle Kulisse für ein Kabarett

Fotos: Große



KURZ BERICHTET

Eis in der BePo

Am 23. Juni 2017 gabs Eis bei der Bereitschaftspolizei!

Der Partner des Polizeisozialwerkes Sachsen/Thüringen, die BB-Bank, initiierte einen Tag des öffentlichen Dienstes. Die bestechende Idee war, an einem heißen Tag kaltes Eis zu verteilen. In Abstimmung zwischen der GdP und dem örtlichen Personalrat fand die Aktion statt. Sie wurde von den Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei Thüringen in Erfurt gerne angenommen. So wurde dieser heiße Freitag gekühlt versüßt. Erfriechend konnten sich die Beschäftigten der Dienststelle wieder ihrer Arbeit widmen.

Rennsteiglauf

Die GdP Thüringen unterstützte eine Frauenmannschaft beim Rennsteig-Staffellauf.

Der GdP-Einsatzbus wird unter den Kolleginnen und Kollegen der Thüringer Polizei immer stärker wahrgenommen. Am 24. Juni 2017 fand der 19. Rennsteig-Staffellauf statt, zu dem Polizeikolleginnen und -kollegen als Freizeitaktivität eine Staffel stellten. Auch fünf Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler waren dabei. Die GdP gratuliert den Läuferinnen und Läufern zum 4. Platz. „Dass es am Ende fast fürs Podium gereicht hätte, glaubten zu Beginn des 19. Rennsteig-Staffellaufes nur die kühnsten Optimisten“, so Sylvia Michel und Manja Steeger.

Vor genau elf Jahren wurde die erste Frauenstaffel der Thüringer Polizei „Flinke weiße Mäuse“ über die Höhen des Thüringer Waldes geschickt. Für die Männer ist der Stafelstart in jedem Jahr schon obligatorisch.

Zehn Sportlerinnen bewältigten dazu nacheinander Etappen zwischen 14 und 21 Kilometer Länge. Neben der Bewältigung der einzelnen Etappen für die Läuferinnen ist die logistische Herausforderung für die Radbegleiter, Betreuer und Fahrer enorm. Jede Läuferin rechtzeitig an ihre Wechselstelle zu bringen, stellte sich aufgrund von Umleitungen und Verkehrschaos an den teils maßlos überfüllten Parkplätzen oft als Punktlandung dar. Weiterhin müssen die Radbegleiter darauf



Eis-Pause bei der Bereitschaftspolizei

Foto: KG

achten, dass die Läuferin im Wald nicht vom mit dem weißen „R“ markierten Weg abkommt und gut umsorgt wird. So trägt jedes kleine Teilchen zum positiven Gelingen bei. Nach rund 16 Stunden konnten

die Frauen einen in Blankenstein aus der Selbitz entnommenen Stein 170 km weiter in Hörschel in die Werra versenken. Herzlichen Glückwunsch an die sportlichen Kolleginnen und ihre Betreuer beim Staffellauf.



Auch der 4. Platz fühlt sich an wie ein Sieg

Foto: Michel





Personalentwicklungskonzept in ...

... Sachsen-Anhalt

Personalentwicklungskonzept – Zufriedene Beschäftigte – effiziente Aufgabenerfüllung. Eigentlich könnte der Platz für diesen Artikel frei bleiben. Denn es gibt kein echtes Personalentwicklungskonzept (PEK) für die Polizei. Bereits 2007 entschloss sich der Landesvorstand der GdP, ein echtes Personalentwicklungskonzept vorzulegen und dies in die Diskussion einzubringen.

Ziel der GdP war es, ein Personalentwicklungskonzept für die Polizei des Landes Sachsen-Anhalt zu erstellen, dass alle Maßnahmen zusammenfasst, die die persönliche und berufliche Qualifikation der Beschäftigten zum Ziel haben und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu befähigen, die vielschichtigen Aufgaben in der Polizei effizient und eigenverantwortlich zu erfüllen. Dabei müssen individuelle Neigungen und dienstliche Belange im Interesse erfolgreicher Personalentwicklung aufeinander abgestimmt werden.

Ziel unserer Vorschläge für die zukünftige Personalentwicklung war es, geeignete Bewerberinnen und Bewerber für die Landespolizei zu finden und innerhalb der Polizei die richtige Frau oder den richtigen Mann auf die passende Stelle zu bringen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für motiviertes und eigenverantwortliches Handeln – durch die nicht nur die dienstliche Effizienz gestärkt wird, sondern auch die Freude an der gemeinsamen Arbeit.

Nach einer sehr kurzen Diskussion mit dem MI und der Erarbeitung eines Entwurfes eines echten PEK, verschwand dieses leider in der Versenkung. Alle Versuche der Wiederbelebung scheiterten bisher. Andere Landespolizeien sind an dieser Stelle viel weiter. Es genügt bei Weitem nicht, den Personalabbau zu stoppen, die Polizei ist gut beraten, endlich eine tatsächliche Personalentwicklung und die dafür notwendigen Handlungsfelder und Instrumente zu beschreiben.

Uwe Petermann

... Sachsen und Thüringen

Liebe Leserinnen und Leser, die Redaktion der Seite Info-Drei ist sich der Bedeutung des Themas bewusst und hat es deshalb in die Planung aufgenommen. Leider gibt es in Sachsen und Thüringen dazu keine neue Entwicklung und wir verzichten deshalb darauf, Altbekanntes nochmal darzustellen. Das leere Feld soll auch ein Appell an die zuständigen Ministerien beider Länder sein, der Personalentwicklung in der Polizei in Sachsen und Thüringen endlich die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Redaktion

